

## «Ich kann Sarkozy nicht bekehren»

**Basel.** Regierungspräsident Morin über Fessenheim und sein eigenes Amtsverständnis

INTERVIEW: MARKUS SOMM, PATRICK MARCOLLI

**Was nützt der Basler Protest gegen das AKW Fessenheim? Regierungspräsident Guy Morin (Grüne, 54) ist vom Basler Engagement in dieser Sache überzeugt. Ebenso sicher ist er, dass die geplante Metropolitankonferenz Basel erfolgreich sein wird. Ausserdem spricht Morin über die Baustellen in seinem eigenen Departement – über die Stadtentwicklung und die Integration.**

**BaZ:** Herr Morin, uns ist auch nach zwei Jahren nicht klar, welche Rolle der Basler Regierungspräsident spielt. Nehmen wir die Stilllegungsforderung der Regierung für Fessenheim als Beispiel: Wieso stand hier Gesundheitsdirektor Carlo Conti im Vordergrund? Wieso agierten nicht Sie als «Basler Aussenminister»?

**GUY MORIN:** Zuallererst möchte ich hervorheben, dass Basel eine Erfolgsgeschichte ist und dass es Freude bereitet, für Basel zu wirken. Wir haben innerhalb von sechs Jahren die Staatsschuld halbiert und zwei Milliarden Franken Schulden trotz Steuersenkungen abgebaut. Unsere Wirtschaft ist während der Finanzkrise nicht in eine Rezession gefallen, wir haben überdurchschnittliche Wachstumsraten und in Prozent eine tiefe Arbeitslosigkeit. Die Familienbefragung hat uns zudem gezeigt, dass unsere Bevölkerung,

90 Prozent der Familien, gerne oder sehr gerne in Basel lebt.

Und nach diesem Werbe-Einschub nochmals zum Problem Fessenheim.

Ich war schon Anfang vergangener Woche in den nationalen Medien präsent in dieser Sache, am Fernsehen wie am Radio. Zudem gibt es eine ganz klare Aufgabenteilung: Das Gesundheitsdepartement ist für den Gesundheitsschutz zuständig, der Regierungspräsident für die Repräsentation.

Was erhofft sich die Regierung vom Engagement gegen Fessenheim? Haben Sie wirklich das Gefühl, dass die Schweiz Fessenheim abschalten kann?

Die Schweiz alleine nicht. Aber Frankreich: Wir haben den Bundesrat aufgefordert, mit Frankreich zu verhandeln. Und wir werden das mit der Region Alsace tun.

Eigentlich betreiben Sie also mit Ihrem Protest Politik für die Galerie.

Nein, für unsere Bevölkerung.

Aber Frankreich als AKW-Land und Grossmacht wird sich nicht dreinreden lassen.

Das mag bisher die politische Realität gewesen sein. Aber das alte AKW Fessenheim ist 36 Kilometer von Basel entfernt und liegt in einem Erdbebengebiet. Sollte nach einem Erdbeben Radioaktivität austreten und der Wind in Richtung Basel drehen, sind wir die Leidtragenden. Darum sind wir verpflichtet uns einzusetzen – und wir machen das nicht erst seit Fukushima, sondern seit vielen Jahren.

Mit welchen konkreten Ergebnissen?

Wir unterstützen den Trinationalen Atomschutzverband finanziell.

Das ist doch nicht konkret.

Es wäre völlig falsch, nur wegen der realpolitischen Gegebenheiten den Kopf in den Sand zu stecken.

Aber Sie wecken mit Ihrem Protest Erwartungen in der Öffentlichkeit.

In unserer Verfassung ist festgeschrieben, dass sich der Kanton gegen die Atomenergie wendet. Diesen Auftrag erfüllen wir. Natürlich ist mir klar, dass ich alleine Präsident Sarkozy nicht bekehren kann.

Aber gegen die Schweizer AKW wehren Sie sich nicht.

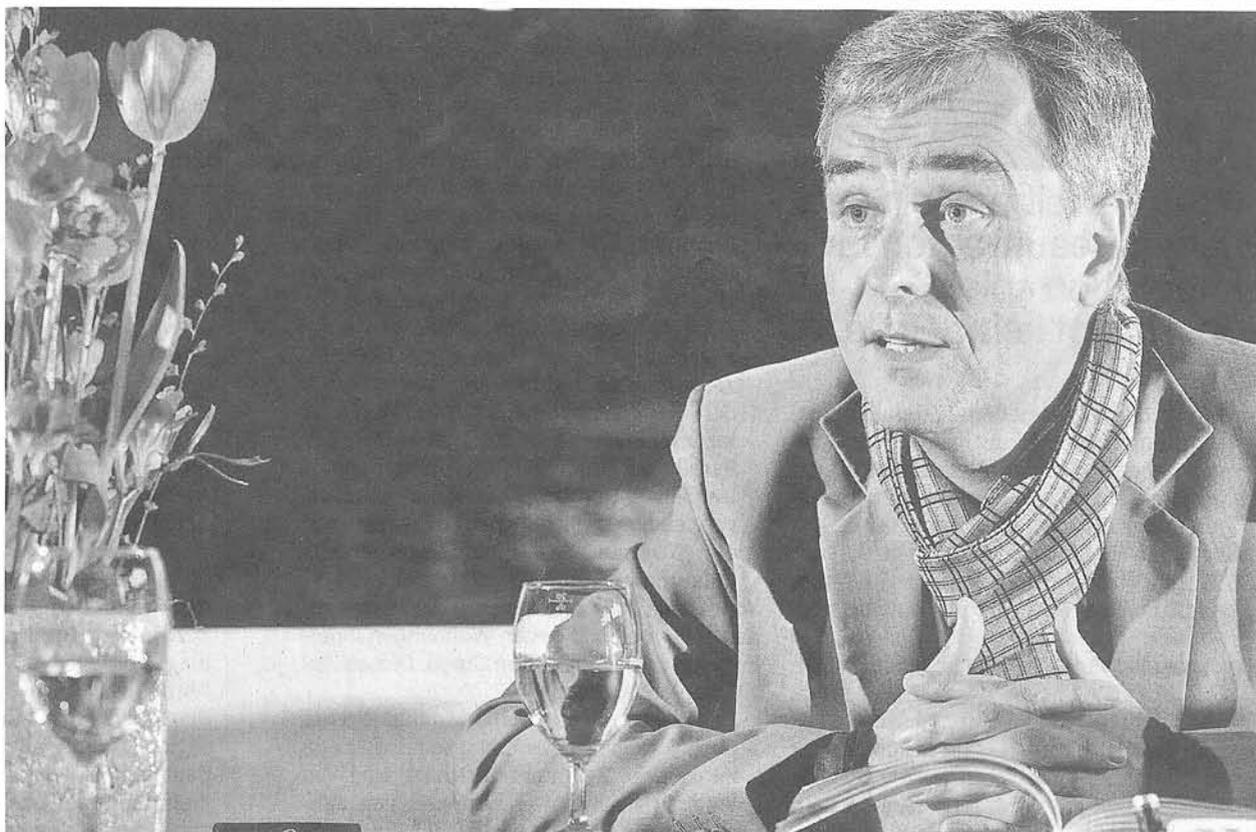
Doch. Wir haben uns im Vernehmlassungsverfahren für neue AKW auch gegen neue Projekte in der Schweiz ausgesprochen.

Kehren wir zu Ihrem Departement zurück. Sie sind für die Aussenbeziehungen verantwortlich. Gerade hier hat Basel ein grosses Manko aufzuholen.

Ja, aber erste Erfolge haben sich schon eingestellt. So beim Neuen Finanzausgleich: Dass die städtischen Zentren sich im Nationalrat durchsetzen und 112 Millionen mehr für den soziodemografischen Lastenausgleich erhalten sollen, ist ein sehr schöner und wichtiger Erfolg...

... den Sie sich selbst zuschreiben.

Ja, es hat sehr viel Lobbying-Arbeit ge-



**Mit Verve.** Guy Morin (54) verteidigt sein Amt, Basels Integrationspolitik und sein Departement. Fotos Daniel Deeborough

braucht im Städteverband und in der Konferenz der Kantone. Finanzdirektorin Eva Herzog hat ihrerseits bei den Finanzdirektoren lobbyiert. Diese Aufgabenteilung zwischen uns ist sehr erfolgreich gewesen.

**Im Ständerat wird der Beschluss des Nationalrats wohl wieder gekippt.**

Das mag sein. Aber es ist dennoch ein schöner Erfolg, und er hilft uns, die Anliegen der städtischen Zentren bei der nächsten Botschaft zum Finanzausgleich durchzubringen.

**Reicht denn ein Regierungsrat nicht, um solches Lobbying zu betreiben?**

Er oder sie wäre lediglich in einer Fachdirektorenkonferenz anwesend. Die Kantone, die wirklich Einfluss nehmen wollen, entsenden immer dasselbe Exekutivmitglied in die Konferenz der Kantone. Ich bin seit sechs Jahren dabei. Dass wir allmählich Erfolg haben, zeigte auch der gemeinsame Auftritt der Metropolitanregionen zum Raumkonzept Schweiz vergangene Woche.

**Stichwort Metropolitanregion: Basel hat einen grossen Nachholbedarf gegenüber den anderen Ballungszentren des Landes. Eine sogenannte Metropolankonferenz ist noch nicht einmal gegründet worden.**

Ja, wir müssen dieses Projekt unbedingt vorwärtstreiben, damit wir in der Hauptstadt nicht als zersplitterte, politisch uneinige Region auftreten. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir die Metropolankonferenz sehr bald ins Leben rufen können.

**Soll sie erfolgreich sein, müssen einige andere Lobbying-Organisationen aber Macht abtreten.**

Ja, das stimmt. Im Dienste des Gemeinsamen müssen sich Organisationen wie Metrobasel oder Regio Basiliensis ein Stück zurücknehmen. In den Subventionsverträgen haben wir übrigens eine entsprechende Verpflichtung festgehalten.

**Ganz grundsätzlich: Die Regierungen können doch ohne Mandat der Bevölkerung oder Mitsprache des Parlaments nicht einfach einen neuen politischen Raum schaffen!**

Die Metropolankonferenz soll nur den funktionalen Raum abbilden, in dem wir leben. Sie wird keine politischen Kompetenzen im engeren Sinn haben.

**Wieso gibt es sie denn überhaupt?**

Ich wiederhole: Zur Vertretung unserer Anliegen gegenüber Bundesbern. Zum Beispiel in der Verkehrsinfrastruktur – Stichwort Wissenberg und S-Bahn-Herzstück –, aber auch bei der Hochschulförderung oder den wirtschaftspolitischen Anforderungen für die Life Sciences.

**Dafür gibt es doch Ständeräte.**

Der Wunsch nach einer Metropolankonferenz ist wohl auch als Reaktion darauf zu verstehen, dass in der Kleinen Kammer immer mehr Partei- und immer weniger Standespolitik gemacht wird und die urbanen Kantone keine Mehrheit haben.

**Wer soll den Lead in der Metropolitan-konferenz haben?**

Basel als Zentrum dieser Region. Es wäre doch klug, Sie würden dem Baselbiet den Lead überlassen. Diese fühlten sich dann nicht von der Stadt über den Tisch gezogen.

Sie reden einen Konflikt herbei, den es gar nicht gibt.

**Kommen wir auf die zwei Baustellen in Ihrem Departement zu sprechen: Die nach wie vor konturlose Kantons- und Stadtentwicklung sowie die Integration, für die Sie nach dem Abgang von Elisa Streuli eine neue Leitung suchen müssen. Können Sie uns zunächst darüber aufklären, was in der Kantons- und Stadtentwicklung gearbeitet wird?**

Diese gut profilierte Abteilung ist der Thinktank für Innovationen und sie koordiniert die mittelfristige Planung des Regierungsrats.

**Was heisst das konkret?**

Zum Beispiel wird die Stadtteilentwicklung geplant und mit den Fachdepartementen vorangetrieben. Nach Abschluss des Projekts Basel Nord liegt nun der Fokus unter dem Titel «Basel Süd Plus» auf dem Gundeli und dem Dreispitz. Weiter wirkt die Abteilung auch mit bei der Planung der Innenstadt- und Hafententwicklung.

**Basel Nord war ausschliesslich ein Projekt des Bau- und Verkehrsdepartements. Was wird nun bei «Basel Süd Plus» anders?**

Das stimmt so nicht. Basel Nord war

das erste interdepartementale Projekt zur Quartierentwicklung. Heute ist der Lead bei der Kantons- und Stadtentwicklung.

Das heisst, die Regierung ist mit der damaligen Arbeit des Fachdepartements nicht zufrieden gewesen?

Nein. Die Abteilung Stadtentwicklung und das Bau- und Verkehrsdepartement arbeiten bei «Basel Süd Plus» sehr eng zusammen. Die Ausführung obliegt später natürlich den Fachdepartementen.

Man hört immer wieder, dass sich in diesen Fragen das Präsidial- und das Baudepartement ins Gehege kommen.

Die Zusammenarbeit ist ausgezeichnet und eingespielt. Im Übrigen war es Kantonsbaumeister Fritz Schumacher, der sich vor der Verwaltungsreform klar für eine Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung ausgesprochen hat.

Diesen Wunsch hat Herr Schumacher in der Zwischenzeit wohl schon bereut...

Nein, die Zusammenarbeit funktioniert bestens.

Eine zweite Baustelle in Ihrem Departement ist die Abteilung Integration, deren Leiterin Elisa Streuli vor Kurzem gekündigt hat. Eines ist jetzt schon klar: Es ist einer der anspruchsvollsten Jobs im Kanton.

Ja, die SVP hat sich ja bereits gemeldet und ein Stellenprofil entworfen... Es ist eine Stelle in einem sehr emotionalen Politikbereich, sie ist ausserdem sehr stark im Fokus der Öffentlichkeit. Dafür braucht es eine gestandene und standfeste Person mit Kämpfergeist.

Wäre es taktisch nicht am klügsten, gleich ein SVP-Mitglied zum Integrationsbeauftragten zu machen? Dann nimmt man dieser Partei gleich die Angriffsfläche.

Das Parteibüchlein dieser Person spielt überhaupt keine Rolle. Es muss eine Person sein, die mit allen Akteuren und Interessengruppen wie den Migrantenorganisationen gut umgehen kann und von ihnen akzeptiert wird.

Die grösste Interessengruppe sind die Schweizerinnen und Schweizer.

Nein, es geht um die ganze Bevölkerung. Dafür werde ich mich als Regierungspräsident einsetzen.

Wollen Sie Integrationsarbeit richtig machen, müssen Sie sich aber zunächst um die Schweizer kümmern. Sonst entsteht unter ihnen rasch das Gefühl der Benachteiligung gegenüber den Migranten – und das wäre verheerend.

Damit bin ich nicht einverstanden. Integration ist für jene, die sich hier niederlassen eine ebenso grosse Herausforderung wie für jene, die bereits hier leben. Natürlich gehört zu einer guten Integrationsarbeit auch Überzeugungsarbeit bei der Schweizer Bevölkerung. Grundsätzlich aber ist die Aufnahmebereitschaft sehr gross. Die Menschen hier wissen, dass die



**«Das Parteibüchlein des neuen Beauftragten für Integration spielt überhaupt keine Rolle.»**

Zuwanderer uns seit dem Mittelalter Fortschritt und Entwicklung bringen. Im Übrigen haben wir in der Integration Pionierarbeit geleistet, zum Beispiel mit dem ersten Integrationsgesetz in der Schweiz.

Was haben Sie aber Konkretes getan?

Es gibt beispielsweise keinen Kanton, der so konsequent Frühförderung betreibt wie wir.

Man hat also vor allem Geld gegeben.

Frühförderung heisst, dass Kinder – auch, aber nicht nur Kinder von Zugewanderten – ab dem Alter von drei Jahren konsequent in ihrer Sprachkompetenz gestärkt werden. Auf der «Fordern»-Seite haben wir bewiesen, dass wir die Ausländergesetzgebung konsequent umsetzen und illegal hier lebende Ausländer konsequent ausschaffen.

Warum ist in Basel der Ausländeranteil mit etwas über 30 Prozent eigentlich so hoch?

Die Zuwanderung erfolgt immer entlang der Verfügbarkeit von Arbeit. Wir haben die Arbeitsplätze und brauchen die Arbeitskräfte.

Wie stehen die Ausländerinnen und Ausländer im Erwerbsleben?

Einerseits hat es unter ihnen überdurchschnittlich viele Hochqualifizierte, andererseits auch überdurchschnittlich viele Bildungsferne. Doch der Trend ist ganz deutlich, dass die Zahl Letzterer abnimmt und sich in Basel immer mehr Hochqualifizierte niederlassen.

Wie richtet sich Ihre Politik danach?

Es ist enorm wichtig, dass wir über genügend Wohnraum für alle Ansprüche verfügen. Nächste Woche werden wir unsere Wohnraumstrategie der Öffentlichkeit vorstellen. Die Zuzüger bringen uns das Steuersubstrat, das wir benötigen, um zum Beispiel unsere Zentrumsleistungen erbringen zu können. Unsere langjährigen Bemühungen beginnen nun zu fruchten: Das Steuersubstrat, das die Zuzüger bringen, wiegt jenes der Wegzuger auf. Dies ist eine sehr erfreuliche Trendumkehr und hat mit unserer Politik der Steuersenkungen zu tun. Wir sind inzwischen so attraktiv, dass uns der Baselbieter Finanzdirektor Adrian Ballmer letzthin vorgeworfen hat, mit den Steuervergleichenden zu Baselbieter Gemeinden auf der Website des Finanzdepartements unlauteren Wettbewerb zu betreiben.

Vor einigen Jahren deklarierte die Regierung den Bau von 5000 neuen Wohnungen innerhalb von zehn Jahren zum Credo. Dieses Ziel wurde nicht erreicht.

Das Ziel wurde nur knapp verfehlt. Das hat auch Vorteile: Der Wohnungsmarkt hat sich zu keinem Zeitpunkt überhitzt und die Stadtentwicklung verläuft sozialverträglicher. Das ist mir sehr wichtig. Ich erachte es als grosse Chance, dass Basel – im Gegensatz zu Zürich und Genf – nur langsam wächst, um 1000 bis 1200 Einwohner pro Jahr.